

# Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;  
hier: Realitäten endlich anerkennen und den ideologischen H2-Mobilitätsirrweg verlassen II  
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 05 (Energiewirtschaft und Landesentwicklung) wird der Ansatz im Tit. 892 76 (Zuschüsse zur Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb in Bayern) für das Jahr 2026 von 6.500,0 Tsd. Euro um 6.500,0 Tsd. Euro auf 0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 07 05 (Energiewirtschaft und Landesentwicklung) wird der Ansatz im Tit. 892 76 (Zuschüsse zur Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb in Bayern) für das Jahr 2027 von 8.500,0 Tsd. Euro um 8.500,0 Tsd. Euro auf 0 Tsd. Euro gekürzt.

## Begründung:

Die Förderung von Wasserstoff-Nutzfahrzeugen widerspricht jeder wirtschaftlichen und energiepolitischen Vernunft. Im ersten Halbjahr 2025 wurden bundesweit gerade einmal 36 Wasserstoff-Lkw zugelassen – im Vergleich zu 10.561 batterieelektrischen Lkw. Selbst Speditionen, die dem Wasserstoff erstmal nicht abgeneigt waren, steigen auf E-Lkw um und berichten von stabilen, zuverlässigen Fahrzeugen mit deutlich verbesserter Reichweite. Der knappe grüne Wasserstoff wird dagegen dringend in anderen Bereichen wie der energieintensiven Industrie benötigt, wo er bei bestimmten klimaneutralen Prozessen nicht substituierbar ist. Im Mobilitätssektor stehen hingegen längst effizientere und markttauglichere Alternativen bereit. Vor diesem Hintergrund kann die geplante massive Erhöhung der Zuschüsse für H2-Nutzfahrzeuge nur als Holzweg und Fehlverwendung von Steuermitteln interpretiert werden. Die Gelder sollten stattdessen sinnvoll in den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur oder die Beschaffung von Elektrofahrzeugen fließen.